

11. September 2018

Stellungnahme der deutschen Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz vom 19. Dezember 2016 zum Stand der Aufklärung

Durch Berichte der "Berliner Morgenpost", des ARD-Magazins "Kontraste" und des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) wurde zeitgleich von einem bisher unbekanntem Dokument des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) berichtet, das der Vorbereitung von BfV-Chef Maaßen für ein Treffen mit Berlins Innensenator Andreas Geisel am 24.03.2017 diene. Aus diesem geht hervor, dass ein V-Mann in der unmittelbaren Umgebung des Breitscheidplatz-Attentäters installiert war.

Durch das Schreiben wird evident, dass Verfassungsschutzchef Maaßen den Bundestag und die Öffentlichkeit über die Aktivitäten seiner Behörde wissentlich falsch informiert hat. Bislang weigert sich der Verfassungsschutz, zu dem Treffen und den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Wir fordern Verfassungsschutzchef Maaßen auf, sich kurzfristig und umfänglich öffentlich dazu zu erklären, in welchem Umfang das Bundesamt für Verfassungsschutz in Zusammenhang mit Anis Amri aktiv gewesen ist. Es ist offensichtlich, dass frühere Aussagen gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit revidiert werden müssen. Wir möchten bei seiner Erklärung auch verstehen, welche Gründe er für die Falschaussagen hatte.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie offenlegt, welchen Kenntnisstand sie zur Tätigkeit des BfV in Zusammenhang mit Anis Amri heute hat und zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion im Januar 2017 hatte.

Wir bitten die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene, im Sinne einer umfassenden Aufklärung zusammen zu arbeiten. Behörden in Bund und Ländern sollen die von Untersuchungsausschüssen angeforderten Akten und Auskünfte zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Für uns ist es unerträglich, wie sich die Aufklärung um den Terroranschlag hinzieht und sich über Jahre zu einem Drama entwickelt, dessen Ende nicht abzusehen ist. Es liegt aber nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Sicherheitsinteresse unserer Gesellschaft, dass die Wahrheit zügig aufgedeckt wird. Nur so können die strukturellen Veränderungen vorgenommen und die personellen Konsequenzen gezogen werden, die notwendig sind, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wiederherzustellen und das Risiko von Anschlägen in Zukunft zu reduzieren.